

# CSU-Fraktion im Gemeinderat Gauting



Eva-Maria Klinger Fleckhamerstr.18 82131 Stockdorf

Gemeinde Gauting  
Frau Bürgermeisterin Dr. Kössinger  
Damen und Herren Gemeinderäte  
Bahnhofstraße 7  
82131 Gauting

**Eva-Maria Klinger**  
Fraktionssprecherin  
Fleckhamerstr.18  
82131 Stockdorf  
Tel.: 089 / 8573993

Stockdorf, den 10.10.2022

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Dr. Kössinger,  
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat,

die CSU-Fraktion im Gautinger Gemeinderat stellt hiermit den unten formulierten Antrag und bittet, diesen möglichst zeitnah auf die Tagesordnung des Gemeinderats zu setzen; Aufwand für die Vorbereitung durch die Verwaltung ist mit dem Antrag aus unserer Sicht nicht verbunden. Der Gegenstand des Antrags wird von hoher Bedeutung für die Aufstellung des Haushaltsentwurfs und seine Beratung sein.

In der Tagespresse ist zu lesen, dass im Landkreis Starnberg einer Erhöhung der Kreisumlage auf 57% (2022: 50,2 %) zu befürchten ist. Nach dem Vorbericht des Gemeindehaushalts 2022 bedeutete in diesem Jahr jeder Prozentpunkt für die Gemeinde Gauting eine Belastung des Verwaltungshaushalts mit ca. EUR 275.000. Es drohen also in Gauting bei einer Erhöhung der Kreisumlage auf 57% Mehrausgaben von fast EUR 2.000.000,00 zur Deckung des Haushaltslochs des Landkreises.

Der Bürgermeister der Gemeinde Feldafing wurde in der Online-Ausgabe der SZ vom 06.10.2022 damit zitiert, dass er in seiner Gemeinde vorschlagen werde, „*alle freiwilligen Leistungen auf Null zu setzen.*“ Der Bürgermeister der finanziell an sich gut aufgestellten Gemeinde Gilching sprach vom „*Streichkonzert*“, das „*weh tun*“ werde.

Wenn man die Beratungen zum Verwaltungshaushalt der Gemeinde Gauting in den letzten Jahren verfolgt hat, bedarf es keiner besonderen Phantasie, sich auszumalen, welches Loch alleine eine deutliche Erhöhung der Kreisumlage für 2023 in den Gemeindeshaushalt reißen wird. Von den anderen Belastungen welche die Gemeinde treffen (Inflation, Lohnsteigerungen, Energiekosten, neue Aufgaben) und denen wahrscheinlich eher sinkende, jedenfalls aber keine deutlich steigenden Einnahmen und Zuweisungen gegenüberstehen werden, ganz zu schweigen.

Es ist absehbar, dass es fast unmöglich sein wird, einen genehmigungsfähigen Verwaltungshaushalt aufzustellen, ohne die Vereine, Institutionen und Bürger der Gemeinde mit massiven Kürzungen der gemeindlichen Leistungen zu konfrontieren. Nachdem die Gemeinde bei der Erfüllung von Pflichtaufgaben keinen Entscheidungsspielraum hat, droht auch in Gauting eine Streichung vieler oder schlimmstenfalls aller freiwilligen Leistungen. Dies ist keine Schwarzmalerei, es macht aber keinen Sinn, darum herumzureden.

Gerade in dieser Situation kann nicht der Landkreis den Gemeindehaushalt ausbluten. Der Landkreis lebt mit seinen vom Kreistag verabschiedeten Haushalten seit Jahren über seine Verhältnisse – auch zu Lasten der Gemeinden.

Aktuell explodieren die Kosten, im Fokus der Presse der letzten Tage waren z.B. Buslinien und Energiekosten, dazu rollt eine Flüchtlingswelle nicht nur aus der Ukraine, sondern auch über die Balkanroute, die über den Winter stark ansteigen wird und die den Landkreis und seine Gemeinden angesichts fehlender Unterstützung von Land und Bund vor kaum lösbare finanzielle Herausforderungen stellen wird. Dass kein Missverständnis aufkommt: den Flüchtenden muss geholfen werden, unsere Haltung hierzu ist klar. Aber den Kommunen, welche diese Aufgabe erledigen, muss ebenfalls geholfen werden.

Kommunale Spitzenverbände in Bund und Land fordern Entlastung der Kommunen bei den Kosten, bisher ohne ausreichenden Erfolg. 23 Gemeinden des Landkreises Rastatt (Baden-Württemberg) und der Landkreis haben sich beispielsweise schriftlich an die Bundesinnenministerin Frau Faeser gewandt und Unterstützung gefordert (vgl. Online-Ausgabe der SZ vom 04.10.2022). Es bedarf solcher Initiativen auf allen Ebenen. Ein „Doppel-Wumms“ für EUR 200 Mrd. kann den sozialen Frieden nicht sichern, wenn in den Gemeinden wortwörtlich die Lichter ausgehen.

Bevor der Gemeinderat in den anstehenden Haushaltsberatungen keine andere Entscheidung hat, als Vieles auf Null zu streichen, sollten alle Hebel in Bewegung gesetzt werden, einerseits den Landkreis selbst zum Sparen zu bewegen und andererseits bei den Verantwortlichen des Freistaats Bayern und des Bundes klarzumachen, dass die Belastung der Kommunen mit neuen Aufgaben ohne Gegenfinanzierung zum Zusammenbruch der kommunalen Systeme und zu breiter Unzufriedenheit der Bürger in der Fläche führen wird.

Wir stellen daher folgenden

**Antrag:**

Der Gemeinderat möge beschließen:

1.

Der Landkreis wird durch die Gemeinde Gauting aufgefordert, aktuelle Auskünfte zu geben, mit welcher Kreisumlage im Jahr 2023 zu rechnen ist. Weiter wird der Landkreis aufgefordert, die erwartbare Steigerung der Umlage bzw. den zusätzlichen Finanzierungsbedarf des Landkreises und mögliche bzw. beabsichtigte Gegenmaßnahmen auf Landkreisebene näher zu erläutern und zu begründen

Der Kämmerer des Landkreises soll zur Erläuterung in die nächste Sitzung des HFA oder des Gemeinderats eingeladen werden.

2.

Der Kreistag wird durch die Gemeinde Gauting aufgefordert, bei den Haushaltsberatungen des Landkreises strikte Haushaltsdisziplin zu wahren und nötigenfalls freiwillige Leistungen des Landkreises sowie Investitionen und verzichtbare Ausgaben zu streichen oder zu verschieben. Der Kreistag wird aufgefordert, Erhöhungen der Kreisumlage zu verhindern, wobei daraus resultierende Belastungen der Bürger ausgewogen die Gemeinden treffen sollen.

3.

Der Landkreis wird durch die Gemeinde Gauting aufgefordert, Initiativen zu ergreifen bzw. zu unterstützen, soweit dort Bereitschaft besteht jeweils auch gemeinsam mit den Gemeinden, die auf politische Einflussnahme bei Land und Bund mit dem Ziel einer höheren finanziellen Unterstützung der Kommunen für die ihnen erwachsenden Aufgaben gerichtet ist.

4.

Die Verwaltung wird beauftragt, zu Beginn der Haushaltsberatungen detailliert darzustellen, welche Anforderungen die Aufsichtsbehörde an die Genehmigungsfähigkeit des Haushalts 2023, insbesondere des Verwaltungshaushalts, stellen wird und ob in der aktuellen Situation Ausnahmen erwartet werden können, ggf. welche.

Mit freundlichen Grüßen

Michael Vilgertshofer

Eva-Maria Klinger